

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

13.09.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Nach Petition: Ausschussmitglieder besuchen Rügen</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 13.09.2023</i> .....	3
2   <b>Bürgerinitiative lehnt LNG-Treffen mit Ostbeauftragtem ab</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 13.09.2023</i> .....	4
3   <b>UN prüft Projekt vor Rügen</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.09.2023</i> .....	6
4   <b>Deutsche Physiker bauen Kernreaktor in Ruanda</b> <i>Welt.de, 12.09.2023</i> .....	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 13.09.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

👤 Anne Ziebarth

## UMWELT

# Nach Petition: Ausschussmitglieder besuchen Rügen

## Gespräche mit Vertretern der Stadt Sassnitz, Umweltverbänden und den Projektträgern

In einer von über 60.000 Menschen unterschriebenen Petition hatte sich der Rügener Kommunalpolitiker Marvin Müller (SPD) gegen die Errichtung eines LNG-Terminals auf und vor Rügen ausgesprochen. Nun waren am Montag Mitglieder des Bundespetitionsausschusses auf Rügen, um sich ein Bild über die Situation rund um den Hafen Mukran und das von der Bundesregierung geplante LNG-Terminal zu machen. Das entsprechende LNG-Beschleunigungsgesetz, was damals den Anstoß für die Petition gab, ist allerdings bereits beschlossen, die Bauarbeiten im ersten Pipelineabschnitt sind gestartet. Die Empfehlung des Petitionsausschusses hat somit keinen direkten Einfluss mehr, soll aber trotzdem in den kommenden Wochen getroffen werden - vielleicht auch im Hinblick auf weitere Entscheidungen.

„Natürlich wollten wir mit der Petition das Vorhaben stoppen, alles andere ist enttäuschend. Es ist aber auch Demokratie, wenn es nicht gelingt“, so Marvin Müller. „Aber wir haben erreicht, dass das Thema in die öffentliche Diskussion gelangt ist und dort auch bleibt. Die Sorgen und Bedenken um dieses Projekt sind ja weiterhin da.“ Delegationsleiter Bengt Bergt (SPD) forderte, „auch wenn es zu einem Bau einer LNG-Infrastruktur am Hafen Mukran kommen sollte,

müssen touristische und Umweltbedenken berücksichtigt werden.“

Stephan Knabe, Aufsichtsratsvorsitzender von Regas, erneuerte seine Zusage für Wasserstoff am Standort Mukran und sprach von guten Gesprächen mit den Ausschussmitgliedern. „Wir wollen im Hafen von Mukran mittelfristig einen Wasserstoff-Elektrolyseur installieren und Wasserstoff produzieren“, so Knabe. „Dazu stehen wir. Es soll aber auch Wasserstoff importiert werden und von hier aus in die Pipeline nach Lubmin gelangen.“

Enttäuschung hingegen bei den Naturschutzverbänden Nabu und BUND. „Es gibt so wenig Kenntnisse über den Naturraum und die Schäden“, beklagt Corinna Cwieliag, Geschäftsführerin des BUND MV. „Wir haben versucht, in fünf Minuten darzustellen, welche Lebensräume durch die Ausbaggerung für den Pipelinebau alle zerstört werden.“ Ein Ausbaggern, Lagern und anschließendes Rückverbringen tötete jedes Leben im Material ab und setzte zudem noch gebundene Schadstoffe frei. Auch beim Nabu kritisiert man die Baggerarbeiten. Die Hoffnung liegt hier auf einem Eilantrag vor dem Bundesverwaltungsgericht, in dem ein Baustopp gefordert wird.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 13.09.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

👤 Anne Ziebarth, Gerit Herold

## LNG-PLÄNE AUF DER INSEL

# Bürgerinitiative lehnt LNG-Treffen mit Ostbeauftragtem ab

## Die Bürgermeister des Amtes Mönchgut-Granitz treffen Carsten Schneider am Mittwoch

Ein für Donnerstag, 14. September, anberaumtes Treffen des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), mit den Bürgerinitiativen der Insel, die sich gegen das LNG-Terminal aussprechen, wird nicht stattfinden. Nachdem in der Vergangenheit immer wieder gefordert wurde, dass solche Gespräche stattfinden, stehen die potenziellen Gesprächspartner jetzt vor einem Scherbenhaufen. Die Bürgerinitiative (BI) „Lebenswertes Rügen“ lehnte das vom Ostbeauftragten angebotene Gespräch ab, weil nicht auf die Bedingungen der Initiative eingegangen wurde.

Die sind im Antwortschreiben der Initiative klar umrissen. Statt eines Gespräches solle am Donnerstag eine öffentliche Veranstaltung in Sassnitz stattfinden. Die sollte um 17.30 Uhr beginnen, damit auch jeder Rügenger die Möglichkeit hat, teilzunehmen. „Es wäre die erste offene Veranstaltung der Bundesregierung seit Bekanntwerden der LNG-Pläne für Rügen“, nennt Thomas Kunstmann von der Bürgerinitiative einen oft genannten Kritikpunkt. Forderung der Initiative ist allerdings auch, keine Vertreter der Unternehmen Gascade und Regas auf dem Podium zu haben, „weil deren Informationen bekannt sind“. Im Format eines Gesprächsforums wäre das ausgesprochen unüblich.

In Berlin zeigte man sich ob der Forderungen irritiert, signalisierte aber trotzdem Entgegenkommen in einigen Punkten - mehr Mitglieder der Bürgerinitiativen und Presseöffentlichkeit. Eine öffentliche Veranstaltung in dieser Größenordnung in Sassnitz sei allerdings bis Donnerstag nicht zu stemmen, hieß es aus dem Büro des Ostbeauftragten. „Wir wollen an dieser Stelle nochmals die Gesprächsbereitschaft von Herrn Schneider unterstreichen“, so die Antwort. „Sollten Sie kurzfristig doch für ein Gespräch bereitstehen, können Sie sich jederzeit bei uns melden.“

Eigentlich sei geplant gewesen, je zwei Vertreter aus vier Bürgerinitiativen einzuladen und das Treffen in Bergen stattfinden zu lassen, auf neutralem Boden

sozusagen. Allerdings kam die Gesprächsanfrage aus Berlin erst vor wenigen Tagen. Warum es in der Vergangenheit keine Möglichkeit für eine Zusammenkunft gab, bleibt weiter offen. „Ich gehe davon aus, wenn der Ostbeauftragte ebenso wie gestern die Bundestagsmitglieder (Anm. beim Besuch des Petitionsausschusses) den Protest wirklich ernst nehmen und wir das Gefühl haben, er ist bereit für eine offene Veranstaltung mit den Bürgern ... sind wir gesprächsbereit und dabei“, so Thomas Kunstmann von der BI „Lebenswertes Rügen“.

Doch es gibt noch Knatsch um einen weiteren Termin. Auf dem Programm des Ostbeauftragten steht auch ein Treffen mit den Bürgermeistern des Amtes Mönchgut-Granitz am Mittwochabend. Diese hätten eine konstruktive Zusammenarbeit zur Realisierung des LNG-Projektes angeboten, heißt es aus dem Büro des Beauftragten. Doch diese Aussage sorgt auf der Insel für Empörung - vor allem bei den Gegnern des Projektes und in den betroffenen Gemeinden. Nur ein Missverständnis? Oder gibt es tatsächlich einen Kurswechsel?

Ein Schreiben von Ende Juli aus dem Amt Mönchgut-Granitz an den Ostbeauftragten wirft Fragen auf. In dem von den Bürgermeistern Liedtke (zum Zeitpunkt Bürgermeister in Sellin), Diwisch (Baabe), Besch (Mönchgut) und Döring (Göhren) unterzeichneten Papier wird zwar auf die Stellungnahmen von Rechtsanwälten verwiesen, aber auch ein „konstruktiver Dialog“ angeboten, um zu sehen, „inwieweit wir das Vorhaben gemeinsam realisieren können“, etwa in puncto gemeinsamer Presse- und Informationsarbeit. Man sei anders eingestellt als etwa die Nachbargemeinde Binz. Auch die komplett ablehnende Haltung der Landesregierung sehe man kritisch.

Also ein Schwenk um 180 Grad? „Nein“, sagt Hartwig Diwisch, erster Stellvertreter des Vorstehers des Amtes Mönchgut-Granitz. „An unserer Haltung gegen LNG

hat sich nichts geändert. Auf gar keinen Fall.“ Alles andere sei auch komisch. Schließlich hätten die vier Gemeinden Sellin, Baabe, Göhren und Mönchgut entsprechende Grundsatzbeschlüsse in ihren Gemeindevertretungen gegen den geplanten Bau eines LNG-Terminals gefasst - egal wo auf oder vor der Insel Rügen. Sellin sogar zwei.

Über die finale Fassung des Schreibens zeigt auch Diwisch sich verwundert. „Wir haben lediglich angeboten, dass wir bereit sind, uns mit Herrn Schneider zu unterhalten.“ Das wäre im Amtsausschuss trotz unterschiedlicher Meinungen so beraten worden, nachdem eine entsprechende Anfrage vorgestellt worden

sei. Ein Gespräch hätte vor einem halben Jahr stattfinden müssen, so Diwisch. Aber: „Wir haben noch nie ein Gespräch verweigert.“

Man hätte bisher mit allen gesprochen, ob Vertretern der Landes- oder Bundesregierung oder der Firmen Regas und Gascade. Die Gesprächszusage sei auch jetzt nicht mit dem Ziel erfolgt, dass das LNG-Projekt realisiert werden soll, so Diwisch. „Wir hören uns das in Ruhe an. Das heißt nicht, dass wir jetzt für LNG sind. Unser Meinungsbild hat sich nicht geändert. Wir sind nicht eingeknickt. Definitiv nicht.“ Das werde er bei dem Gespräch am Mittwoch auch noch einmal betonen.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 13.09.2023 | S. 16

📄 Auflage: 189.523 | Reichweite: 891.184

👤 Katja Gelinsky

## UN prüft Projekt vor Rügen

### *Verstößt LNG-Terminal gegen Völkerrecht?*

**gel.Berlin.** In den juristischen Kampf gegen das geplante LNG-Terminal vor Rügen schalten sich offenbar auch die Vereinten Nationen (UN) ein. „Die UN prüfen, ob die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem LNG-Vorhaben auf Rügen gegen internationales Recht verstoßen hat“, teilte die Organisation Deutsche Umwelthilfe (DUH) mit, die das LNG-Projekt gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Gemeindevertretern verhindern will. Zuvor hatten die DUH und weitere Umweltorganisationen bei den UN Beschwerde gegen die geplante Anbindungspipeline von Mukran auf Rügen nach Lubmin eingereicht.

Bei der Planung der rund 50 Kilometer langen Erdgasleitung des Gasnetzbetreibers Gascade seien Nachbarstaaten und Öffentlichkeit nicht ausreichend beteiligt worden, rügen die Umweltschützer. Auch eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung habe nicht stattgefunden. Aus Sicht der DUH wurde gegen die völkerrechtliche Espoo-Konvention verstoßen. Das Espoo-Übereinkommen ist ein Instrument der UN-Wirtschaftskommission für Europa zur Beteiligung betroffener Staaten und ihrer Öffentlichkeit an Umweltverträglichkeitsverfahren, die erhebliche grenzüberschreitende Auswirkungen haben kön-

nen. Als Unterzeichner der Konvention sei Deutschland verpflichtet, potentiell betroffene Nachbarstaaten in Genehmigungsprozesse für Pipeline-Projekte dieser Größenordnung einzubeziehen, argumentiert die Umwelthilfe. Das zuständige Espoo-Komitee habe gegenüber der DUH angekündigt, die Vorwürfe würden geprüft.

Die Umweltschützer werfen dem Betreiber der Pipeline sowie dem Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehörde vor, das LNG-Projekt „künstlich“ in mehrere Abschnitte aufgespalten zu haben. Damit werde versucht, die Auswirkungen der Erdgasleitung kleinzureden und die Pflicht zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung zu umgehen. Gutachten zeigten, dass die Bauarbeiten für die Anbindungspipeline vor Rügen katastrophale Auswirkungen auf das sensible Ökosystem des Greifswalder Boddens hätten. Betroffen seien geschützte Seevögel, Fischarten sowie die Kegelrobben und der vom Aussterben bedrohte Schweinswal. Da sich das Ökosystem Ostsee über Ländergrenzen hinweg erstreckt, gefährde die Pipeline auch die Biodiversität in Polen, Schweden und Dänemark.

Welt.de | 12.09.2023

Norbert Lossau

WEBLINK

**KERNENERGIE****Deutsche Physiker bauen Kernreaktor in Ruanda**

*Physiker haben ein Konzept für Kernreaktoren entwickelt, das einen sicheren Betrieb und das "Verbrennen" von Atommüll ermöglichen soll. Ein erster Demonstrationsreaktor soll im afrikanischen Ruanda gebaut werden. Der Vertrag wurde jetzt in Kigali unterzeichnet.*

"Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd", sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Anfang September, um die aufflackernde Debatte über die künftige Rolle der Kernenergie im Keim zu ersticken. Das hält deutsche Physiker aber nicht davon ab, neuartige Kernreaktoren zu entwickeln, die in anderen Ländern gleichsam "lebendige Pferde" werden könnten.

Die Wissenschaftler des Unternehmens "Dual Fluid" haben ein Reaktorkonzept entwickelt, das nicht nur einen sicheren Betrieb ermöglichen soll, sondern sich sogar zum "Verbrennen" von Atommüll eignet, wie er beim Betrieb von klassischen Atomkraftwerken anfällt. Damit könnte das Problem der Endlagerung deutlich entschärft werden.

Weil die Umsetzung ihrer Ideen derzeit in Deutschland illusorisch ist, hat Dual Fluid 2021 seinen Sitz nach Kanada gelegt und verfolgt dort ein Genehmigungsverfahren für den Bau eines Reaktors nach dem "Dual Fluid"-Prinzip. Der Kernbrennstoff liegt dabei nicht in fester Form in Brennstäben vor, sondern ist flüssig. Diese eine Flüssigkeit im Reaktorkern ist von einem weiteren, nämlich flüssigen Blei umgeben, das die Wärme nach außen abführt. So entstand der Name "Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor" oder "Dual Fluid Reaktor".

**Betriebsbeginn in zwei bis drei Jahren**

Die theoretischen Konzepte zum Dual-Fluid-Reaktor wurden in Berlin entwickelt. Dort betreiben die Forscher auch ein Labor für begleitende Experimente. Neben Berlin und Vancouver in Kanada wird Dual Fluid künftig einen dritten Standort haben - auf einem weiteren Kontinent. In Kigali, der Hauptstadt von Ruanda wurde am Dienstag ein Vertrag zwischen dem Unter-

nehmen und der Atomenergiebehörde des Landes unterzeichnet, der den Bau und Betrieb eines Dual-Fluid-Demonstrationsreaktors vorsieht. Mit den dort gewonnenen Daten soll das Genehmigungsverfahren in Kanada beschleunigt werden, erklärt Götz Ruprecht, der CEO von Dual Fluid.

"Der Demonstrationsreaktor soll in zwei bis drei Jahren in Betrieb gehen", sagt Ruprecht, "er ist nur so groß wie eine Waschmaschine und wird in einer Halle stehen, die der Fläche von drei Tennisplätzen entspricht. Im Dual Fluid Minireaktor wird sogenanntes HALEU (High-Assay Low-Enriched Uranium) zum Einsatz kommen, das einen Anreicherungsgrad von unter 20 Prozent hat. "Wir gehen davon aus, dass die Lieferung des benötigten Brennstoffs kein limitierender Faktor oder Problem sein wird, denn wir sind in engem Kontakt mit einem international anerkannten, zertifizierten Lieferanten."

Das Uran wird sich in 19 senkrechten Röhren befinden und soll während des Betriebs flüssig sein. "Um die Schmelztemperatur des Urans deutlich unter 1000 Grad Celsius abzusenken, wird eine kleine Menge Chrom beigemischt", erklärt der Physiker Götz Ruprecht. Der Reaktorkern aus Röhren ist umgeben von einem Gefäß mit circa zwei Meter Durchmesser, in dem flüssiges Blei die Wärme aufnimmt. "Zum Start des Experiments muss das Blei zunächst einmal induktiv aufgeheizt und verflüssigt werden", sagt Ruprecht, "dazu wird eine Menge elektrischer Energie benötigt. Im Betrieb bleibt das Blei durch die Abwärme aus dem Reaktor flüssig."

**Dieser Reaktor reguliert sich selbst**

Mit dem Demonstrator, der rund eine Autostunde von Kigali entfernt aufgebaut werden soll, wollen die Wis-

senschaftler von Dual Fluid zum einen beweisen, dass der Reaktor sich tatsächlich so verhält, wie es die theoretischen Berechnungen vorhersagen. Weil der Brennstoff im Dual Fluid Reaktor nicht in festen Brennstäben, sondern in einer Flüssigkeit vorliegt, soll er die Eigenschaft der Selbstregulierung besitzen.

Das bedeutet: Steigt die Temperatur in der Reaktorflüssigkeit an, so dehnt sie sich aus und die Abstände zwischen den Atomen werden größer. Das wiederum reduziert den Neutronenstrom, die Reaktionsrate sinkt und es wird weniger Wärme produziert. Dieser Mechanismus verleiht dem Reaktor besondere Sicherheitseigenschaften - er kann nicht durchgehen. Unglücke wie in Tschernobyl oder Fukushima wären damit grundsätzlich unmöglich. Dass dem so ist, davon sind die Forscher felsenfest überzeugt.

Zum anderen geht es in Ruanda um die Erforschung von Materialeigenschaften. Nach voraussichtlich zwei Jahren Betriebszeit soll der Reaktor auseinandergenommen werden, um zu sehen, ob es irgendwo zur Korrosion gekommen ist oder ob der aus Keramik be-

stehende Reaktorkern optimiert werden muss. Solche Daten sind für die Genehmigung eines großen Leistungsreaktors von Bedeutung.

Das auf knapp zwanzig Prozent Uran-235 angereicherte HALEU wird nur für den Demonstrationsreaktor gebraucht. Bei diesem wird es während der Betriebszeit keinen Brennstoffwechsel geben. Der spätere Leistungsreaktor benötigt hingegen zum Start nur noch auf rund zehn Prozent angereichertes Uran. "Und wenn dieser erst einmal läuft, kann er mit gewöhnlichem Reaktoruran, ja sogar abgereichertem Uran und Atommüllabfällen betrieben werden", sagt Ruprecht, "das ist ja der Clou dieses Konzepts. Der Dual Fluid Reaktor ist ein waste burner."

***"Aha! Zehn Minuten Alltags-Wissen" ist der Wissens-Podcast von WELT. Immer dienstags, mittwochs und donnerstags beantworten wir darin Alltagsfragen aus dem Bereich der Wissenschaft. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify, Apple Podcasts, Deezer, Amazon Music oder direkt per RSS-Feed.***